

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Dossier

Dossier: Resultate der wichtigsten Parteien bei nationalen Wahlen 2011

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bühlmann, Marc

Bevorzugte Zitierweise

Bühlmann, Marc 2025. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Dossier: Resultate der wichtigsten Parteien bei nationalen Wahlen 2011, 2011*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 17.05.2025.

Inhaltsverzeichnis

Wahlkampf und Resultate der Grünliberalen bei den eidgenössischen Wahlen 2011	1
Wahlkampf und Resultate der SVP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	2
Wahlkampf und Resultate der CVP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	4
Wahlkampf und Resultate der FDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	5
Wahlkampf und Resultate der BDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	7
Wahlkampf und Resultate der SP bei den eidgenössischen Wahlen 2011	8
Wahlkampf und Resultate der Grünen bei den eidgenössischen Wahlen 2011	10

Abkürzungsverzeichnis

Wahlkampf und Resultate der Grünliberalen bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Linke und ökologische Parteien

WAHLEN
DATUM: 08.01.2011
MARC BÜHLMANN

Mit einem Budget von rund CHF 250'000.- wollte die GLP ihre Sitzzahl im Nationalrat von drei auf sechs bis acht erhöhen und die beiden Ständeratsmandate (ZH und UR) halten. **Wahlziel** sei eine eigene Fraktion, wobei die Zusammenarbeit mit der CVP und der EVP weitergeführt werden solle, gab Parteipräsident Bäumle im Januar bekannt. Mit Listenverbindungen wolle man zudem die Mitte insgesamt zu stärken versuchen. Ansprechen wolle man insbesondere eine urbane Wählerschaft.¹

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 17.06.2011
MARC BÜHLMANN

Auch die GLP setzte für ihren Wahlkampf direktdemokratische Instrumente ein. Mit ihrer **Initiative** „Energie- statt Mehrwertsteuer“, die sie zum Wahlauftritt präsentierte, schlägt die Partei vor, anstelle des Konsums von Lebensmitteln oder Kleidern den Verbrauch nicht-erneuerbarer Energie zu besteuern. Mit der Initiative wolle man auch beweisen, dass die Partei initiativfähig sei, so Bäumle.²

WAHLEN
DATUM: 17.06.2011
MARC BÜHLMANN

Erst Mitte Juni gab die GLP den offiziellen Startschuss für ihren **Wahlkampf**. Ihren Wahlauftritt präsentierte die Partei in Bern. Ziel der Partei, die weder links noch rechts, sondern neu und anders sein will, sei es, grüne Anliegen mit liberalen Lösungsansätzen zu verknüpfen. Als thematische Schwerpunkte wurden der Atomausstieg, eine starke, verantwortungsbewusste Wirtschaft sowie die Förderung von Pluralität, Chancengleichheit und Eigenverantwortung genannt. Auch eine verbesserte, koordinierte Raumplanung und eine verursachergerechte Mobilität wurden als wichtige Parteianliegen erwähnt. Die GLP sei für Personenfreizügigkeit, stelle sich aber gegen einen EU-Beitritt.³

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

In 14 Kantonen traten rund 250 Kandidierende der GLP zu den Nationalratswahlen an. Das Durchschnittsalter der Kandidatinnen und Kandidaten lag bei 36 Jahren; 30% davon waren Frauen. Unter den Kandidierenden fanden sich zudem auffällig viele Akademiker, Unternehmer und Naturwissenschaftler. Das gesteckte Ziel wurde mehr als übertroffen: Die GLP konnte ihre Sitzzahl im Vergleich zu 2007 (3 Sitze) auf unerwartete zwölf Mandate vervierfachen. Freilich waren einige der Sitzgewinne auch auf die geschickten Listenverbindungen zurückzuführen. Damit erklärt sich auch, weshalb die GLP mit einem gesamtschweizerisch gleich grossen Wähleranteil wie die BDP (5,4%) drei Sitze mehr erobern konnte. In acht der vierzehn Kantone, in denen die GLP angetreten war, konnte sie sich über Sitzgewinne freuen: so in Luzern (6,1%), Graubünden (8,3%), Aargau (5,7%) und Thurgau (5,2%). In der Waadt (5,1%), wo die Grünliberalen zum ersten Mal angetreten waren, holten sie auf Anhieb einen Sitz. In Bern trat die GLP ebenfalls zum ersten Mal an und eroberte mit 5,4% der Wählerstimmen gleich zwei Sitze. In St. Gallen und in Zürich war die GLP bereits 2007 angetreten. In St. Gallen erhöhte sich der Wähleranteil um 2,8 Prozentpunkte auf 6,0%, was für den Gewinn eines Sitzes ausreichte. Im Gründungskanton der Partei schliesslich, konnte die GLP mehr als jeden zehnten Wahlberechtigten von ihrem Programm überzeugen (11,5%, +4,5 Prozentpunkte): Zürich schickte damit neu vier Grünliberale nach Bern. In den Kantonen Zug (6,8%), Freiburg (3,5%), Solothurn (5,0%), Basel-Stadt (5,8%), Basel-Landschaft (5,0%) und Genf (3,2%) reichte der erlangte Wähleranteil nicht für einen Sitzgewinn. Mit den total zwölf Nationalratsmandaten erreichte die GLP deutlich Fraktionsstärke. Die bereits 2007 gewählte Zürcherin Tiana Angelina Moser wurde Ende Oktober zur Fraktionspräsidentin bestimmt.⁴

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Für beide bisherigen **Ständeratssitze** in Zürich (Verena Diener) und in Uri (Markus Stadler) musste die GLP in den zweiten Wahlgang. Dabei wehrte sie sich letztlich relativ deutlich gegen die Angriffe der SVP. In zwei weiteren Kantonen hatte sich die GLP Chancen auf weitere Ständeratsmandate ausgerechnet. Im Kanton Aargau (Peter Schumacher) und im Kanton Waadt (Isabelle Chevalley) hatte die Partei jedoch keine Chance.

Wahlkampf und Resultate der SVP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Grosse Parteien

WAHLEN
DATUM: 11.01.2011
MARC BÜHLMANN

Mit dem Wahlslogan „Schweizer wählen SVP“, den die Partei bereits im Oktober 2010 präsentiert hatte, wollte man die traditionellen Werte der Schweiz betonen. Auch die **Wahlplattform** und ihre Kernthemen waren bereits im Vorjahr präsentiert worden: die Bekämpfung eines EU-Beitritts, ein schlanker Staat und eine restriktive Ausländer- und Asylpolitik. Bei Letzterer surfte die SVP auch dank der Annahme der umstrittenen Ausschaffungsinitiative im November des Vorjahrs auf einer Erfolgswelle, die sie zur Erreichung ihrer Wahlziele nutzen wollte.⁵

WAHLEN
DATUM: 05.02.2011
MARC BÜHLMANN

Die SVP äusserte früh ihre ambitionierten **Ziele für die eidgenössischen Wahlen**: Eine weitere Erhöhung des Wähleranteils auf 30%, die Eroberung des Ständerates mit profilierten Kandidierenden in allen Kantonen und einen zweiten Sitz im Bundesrat. Potenzial sah die SVP in der Mobilisierung von ungebundenen Wählenden oder bisherigen Nichtwählern, die mit Hilfe des Kernthemas Zuwanderung in Verbindung mit den steigenden Mietpreisen, der steigenden Arbeitslosigkeit und der Aushöhlung der Sozialwerke angetrieben werden sollte. Zulegen wollte man in den Städten und in der Romandie, so Parteipräsident Brunner. Im Gegensatz zu den anderen Parteien kommunizierte die SVP keine Zahlen zu ihrem Wahlbudget. Schätzungen gingen von rund CHF 15 Mio. aus, was Brunner als „jenseits von Gut und Böse“ bezeichnete.⁶

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 13.07.2011
MARC BÜHLMANN

Wie die anderen grossen Parteien wollte auch die SVP den eigenen Anhang mittels verschiedener **Volksbegehren** mobilisieren. Im Stadium der Unterschriftensammlung waren die Familieninitiative, mit der eine steuerliche Gleichbehandlung der Fremd- und Eigenbetreuung von Kindern gefordert wird und die Initiative für eine Volkswahl des Bundesrates. Beide Begehren wurden noch vor den Wahlen eingereicht. Im Juli des Berichtsjahres lancierte die SVP zudem eine weitere Initiative, mit der sie ihre Themenführerschaft in der Migrationspolitik bekräftigte. Mit der Initiative „gegen Masseneinwanderung“, mit der in der Folge in zahlreichen Inseraten Werbung für die Partei gemacht wurde, will die Partei die Zuwanderung in die Schweiz gezielter steuern. Die Initiative greift damit auch das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU an.⁷

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

In Anbetracht der vorangegangenen Erfolge in den Kantonen eher überraschend, konnte die SVP zum ersten Mal seit 1991 bei den **Nationalratswahlen** nicht mehr zulegen. Statt der erhofften 30% erzielte die Volkspartei 26.6% und büsste damit 2,3 Prozentpunkte an Wählerstimmen ein. Damit blieb sie allerdings die mit Abstand stärkste Fraktion in der grossen Kammer (7,8 Prozentpunkte vor der SP). Trotz des Erfolgs der BDP, die als Abspaltung der SVP auf Anhieb 5,4% Wählerstärke errungen hatte, waren die Verluste der SVP als eher gering einzuschätzen. So legte sie im Vergleich zu 2007 in jenen Kantonen weiter zu, in denen die BDP nicht angetreten war (OW, SH, AR, TI, JU). Ausnahmen waren die Kantone Genf, wo der MCG (MCR) die SVP konkurrenzierte, und Zug. In fast allen der übrigen 15 Kantone (in UR, GL und AI trat die SVP nicht an) verlor die SVP weniger Wählerprozentanteile als die BDP zulegte. Auch für diese Regel finden sich Ausnahmen: in den Kantonen Waadt und Wallis vermochte die SVP ihren Wähleranteil trotz der neuen Konkurrenz zu steigern und in den Kantonen St. Gallen und Neuenburg entsprachen die Verluste der SVP in etwa den Gewinnen der BDP. Nur im Kanton Schwyz verlor die SVP deutlich mehr als die BDP zulegte. In elf Proporz- und zwei Majorzkantonen war die SVP 2011 wählerstärkste Partei (ZH, BE, SZ, ZG, SO, BL, SH, SG, GR, AG, TG, NW), allerdings hielt sie nur noch in Ob- und Nidwalden mehr als 40% des Wähleranteils. Im Kanton Schaffhausen erreichte sie 39.9% und in den Kantonen Schwyz und Thurgau sank sie erstmals seit 1999 wieder unter die 40%-Grenze. In der italienischen Schweiz konnte die SVP im Vergleich zu 2007 zulegen (von 9,6% auf 10,2%). Sie war dort aber immer noch schwächer als in der französischsprachigen Schweiz (20,2%), wo sich die Verluste in Grenzen hielten (2007: 20,9%) und in der Deutschschweiz (29,3%), wo am meisten Stimmenprozent verloren gingen (2007: 32,4%). Der Wählerstimmenrückgang von insgesamt 2,3 Prozentpunkten bedeutete im Vergleich zu 2007 den Verlust von acht Mandaten von einst 62. Vier Sitze waren bereits während der Legislatur 2007 an die BDP (je zwei in Bern und

Graubünden) gegangen, wovon anlässlich der Wahlen ein Bündner Sitz zurückerobert werden konnte. Weil mit dem Übertritt des ehemaligen CVP-Manns Thomas Müller die Volkspartei damit unmittelbar vor den Wahlen 59 Mandate hielt, lag die Anzahl der im Wahlkampf verlorenen Mandate also eigentlich bei fünf: In sieben Kantonen musste die Volkspartei je einen Sitz abgeben (ZH, LU, SZ, OW, SG, VD, JU), in den Kantonen Nidwalden und Tessin konnte sie je einen dazugewinnen. Neu verfügte die SVP damit noch über 54 Sitze.⁸

WAHLEN

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Mit den Behauptungen, die „Dunkelkammer Ständerat“ werde immer linker und „europhiler“ und die „Heimatmüdigkeit“ in der kleinen Kammer könne nur gestoppt werden, wenn mehr SVP-Kandidierende in den Ständerat gewählt würden, gelang es der Volkspartei nicht nur, den eigentlich kantonal ausgetragenen **Ständeratswahlen** nationale Bedeutung und Medienaufmerksamkeit zu verleihen, sondern sie verabreichte ihnen auch einen gehörigen Schuss Themenzentriertheit: Erst mit der Wahl von SVP-Personal – so die zugrunde liegende Idee – würde der Ständerat wieder für Schweizer Werte, also gegen Migration und EU, eintreten. Das Vorhaben, das in den Medien unter dem Titel „Sturm aufs Stöckli“ Niederschlag fand, muss im Nachhinein allerdings als gescheitert betrachtet werden. Zwar trat die SVP mit Ausnahme von lediglich sechs Ständen (OW, NW, AR, AI, TI und GE) in allen Kantonen mit teilweise namhaften und landesweit bekannten Personen zu den Wahlen in die kleine Kammer an und war damit auch für die zahlreichen nötigen zweiten Umgänge mitverantwortlich. Letztlich musste sie im Vergleich zu 2007 per Saldo aber sogar zwei Sitzverluste verkraften und sitzt lediglich noch mit fünf Vertretern im Ständerat. Einer ihrer Sitze war bereits während der vorangehenden Legislatur mit der Abspaltung der BDP verloren gegangen. Zwar vermochte die Partei bei den Ersatzwahlen für Bundesrätin Sommaruga im Frühling des Berichtsjahrs mit Adrian Amstutz kurzfristig das zweite Berner Mandat zu besetzen, nach wenigen Monaten in der kleinen Kammer musste dieser dann aber Hans Stöckli (sp) Platz machen. Weitere Sitzverluste erlitt die SVP in den Kantonen Graubünden und Aargau. In Graubünden war die SVP aufgrund der dortigen Stärke der BDP nach dem Rücktritt von Christoffel Brändli (svp) gar nicht erst angetreten und im Kanton Aargau scheiterte die angestrebte Rochade zwischen dem ehemaligen Nationalrat Giezendanner und dem ehemaligen Ständerat Reimann. Hier verlor die Volkspartei den Ständeratssitz an die SP (Bruderer). Einen Sitz gewinnen konnte die SVP im Kanton Schwyz, wo neu beide Kantonsvertreter der Volkspartei angehören. Alex Kuprecht wurde im ersten Wahlgang bestätigt und der für den zweiten Wahlgang nach seinem eigentlichen Rücktritt als Nationalrat reaktivierte Peter Föhn konnte den Sitz der CVP erobern. Die Angriffe in den weiteren Kantonen (ZH, LU, UR, ZG, FR, SO, BS, BL, SG, VD, VS, NE und JU), die mit bekannten Namen geführt wurden (z.B. Blocher, ZH, Baader, BL, Rime, FR, Brunner, SG, Parmelin, VD oder Freysinger, VS) führten zwar zu zweiten Wahlgängen, waren aber letztlich alle erfolglos. Verteidigen konnte die SVP ihre Sitze in jenen Kantonen, in denen eher als konziliant geltende Persönlichkeiten ihre Sitze verteidigten (Jenny in GL, Germann in SH, Roland Eberle neu in TG).⁹

WAHLGESCHÄFT

DATUM: 14.12.2011
MARC BÜHLMANN

Ein weiteres wichtiges Ziel der SVP wurde im Wahljahr ebenfalls verpasst: Der Partei blieb ein zweiter Bundesratssitz, auf den sie aus einer arithmetisch begründeten Konkordanz Anspruch erhob, bei den **Bundesratswahlen** verwehrt. Dies war auf unterschiedliche Gründe zurückzuführen. Erstens nahm ihre Niederlage bei den National- und Ständeratswahlen der SVP einigen Wind aus den Segeln. Zweitens machte die Partei bei der Auswahl ihrer Bundesratsanwärter eine überaus schlechte Figur. Sie brauchte sehr lange, bis sie endlich ein Zweierticket bestehend aus Jean-François Rime (FR) und Bruno Zuppiger (ZH) bekannt gab. Zuvor war lange gerätselt worden, ob die Volkspartei ein politisches Schwergewicht (Amstutz, Baader, Brunner, Eberle, Spuhler) auf den Schild heben würde. Als unprofessionell wurde die Kandidatenkür dann schliesslich nicht nur aufgrund der langen Vorlaufzeit bezeichnet, sondern auch weil Zuppiger aufgrund eines Vorwurfs, bei einer Erbschaft unrechtmässig Geld abgezweigt zu haben, seine Kandidatur zurückziehen musste. Anscheinend hatte die SVP-Spitze davon gewusst, aber trotzdem an Zuppiger festgehalten. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Hansjörg Walter für Zuppiger nachnominert. Der Partei wurde vorgeworfen, es versäumt zu haben, die nötigen Kandidaten für den eindringlich geforderten zweiten Bundesratssitz aufzubauen. Drittens erwies sich bei den Bundesratswahlen ein Umstand als zentral, der sich auch bei kantonalen Regierungswahlen und bei den Ständeratswahlen deutlich gezeigt hatte: Die Oppositionspartei hat keine verlässlichen Partner mehr. Für ihren Kandidaten stimmte ausser beim Angriff auf den Sitz von Bundesrätin Widmer-Schlumpf praktisch nur die

geschlossene SVP-Fraktion. Bei der Wahl der BDP-Bundesrätin erhielt Rime 41 Stimmen und Walter, der schon vor den Wahlen angekündigte hatte, nur für dieses Manöver zur Verfügung zu stehen, 63 Stimmen. Bei der Bestätigung des Sitzes von Didier Burkhalter erhielt Jean-François Rime 24 Stimmen, bei Simonetta Sommaruga 61 Stimmen, bei Johann Schneider-Ammann 64 Stimmen. Bei der Ersatzwahl für Micheline Calmy-Rey entfielen noch 59 Stimmen auf den SVP-Kandidaten.¹⁰

Wahlkampf und Resultate der CVP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Grosse Parteien

WAHLEN
DATUM: 22.01.2011
MARC BÜHLMANN

Die **Wahlplattform** der CVP wurde an der Delegiertenversammlung am 22. Januar in Pratteln vorgestellt. Als Kernthemen wurden Familie, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt festgehalten. Betreuungsgutschriften und -plätze für Kinder, ein stabiles Rechts- und Währungssystem, die Pflege des dualen Bildungssystems und Versorgungssicherheit bei der Energie und in der Landwirtschaft waren die hauptsächlichen Forderungen. Darüber hinaus wollte sich die CVP für ein Rentenalter von 65 Jahren für Mann und Frau und für eine Entlastung der Familien bei den Krankenversicherungskosten einsetzen. Bei der Energiepolitik sprach sich die Partei im Januar noch gegen einen Ausstieg aus der Atomenergie aus. Die Kampagne lief unter den Slogans „Erfolg. Schweiz. CVP“ und „Keine Schweiz ohne uns“.¹¹

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 09.05.2011
MARC BÜHLMANN

Im März sprang die CVP auf den Zug der Parteien auf, die eigentliche **Wahlkampfinitiativen** lancierten. Hatten sich die Christdemokraten 2010 noch gegen die Instrumentalisierung direktdemokratischer Mittel im Wahlkampf ausgesprochen, kündigten sie im März 2011 gleich zwei eigene Initiativen zum Kernthema Familie an: Die eine verlangt die Beseitigung der Diskriminierung von Ehegatten im Vergleich zu Konkubinatspaaren bei der Besteuerung und der AHV. Die andere zielt auf die Steuerbefreiung der Kinderzulagen ab. Lanciert wurden beide Anfang Mai an der Delegiertenversammlung in Chur. Die Parteileitung betonte, dass es sich bei den Vorstössen nicht um „Wahlgags“ handle, sondern dass man damit Kernanliegen durchsetzen wolle. Seit Jahrzehnten hätte die CVP keine Initiative mehr lanciert, da sie 90% ihrer Forderungen im Parlament durchbringe.¹²

WAHLEN
DATUM: 08.08.2011
MARC BÜHLMANN

Bei den nationalen Wahlen nahm sich die CVP vor, in jenen Kantonen zu punkten, in denen sie noch nicht stark vertreten war. Zum obersten **Ziel der eidgenössischen Wahlen** erklärte sie einen Wähleranteil von 17% und damit auch die Rückeroberung des zweiten, 2003 verlorenen Bundesratssitzes. Zudem wolle man die stärkste Kraft im Ständerat bleiben. Nicht emotionale, auf Missstände fokussierte Boulevard-Debatten, sondern sachpolitische Diskussionen wollte die CVP im Wahljahr führen. Mit einem **Budget** von CHF 3 Mio. und den Familien-Initiativen wollte die CVP vor allem auch Wählerinnen und Wähler von Mitte-Links überzeugen. Zur Führung der Wahlkampagne bestimmte die CVP eine leitende Kommission, bestehend aus den Nationalräten Gerhard Pfister (ZG) und Luc Barthassat (GE) sowie dem Parteipräsidenten Christophe Darbellay (VS).¹³

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Immerhin wurde das Ziel, stärkste Partei der kleinen Kammer zu bleiben, erreicht. Allerdings mussten auch bei den **Ständeratswahlen** Verluste verkraftet werden. Mit insgesamt dreizehn Mandaten präsentierte sich die CVP zwar um zwei Sitze stärker als die FDP und SP (je elf Sitze), musste aber im Vergleich zu 2007 per Saldo zwei Mandate abgeben. Den Urner Sitz hatte die Partei bereits bei den Ersatzwahlen 2010 an die GLP verloren. Bei den ordentlichen Wahlen büsste sie zudem beide Sitze in den Kantonen Schwyz und St. Gallen ein. In Schwyz konnte der langjährige Ständerat Bruno Frick seinen Sitz nicht gegen die Angriffe der SVP halten. Im Kanton St. Gallen fiel der Sitz der CVP der SP zu. Auch hier verteidigte mit Eugen David ein langjähriger Ständerat seinen Sitz erfolglos. David trat nicht mehr zum zweiten Wahlgang an und mit ihrem Ersatzkandidaten war die CVP gegen die Angriffe von links und rechts chancenlos. Dass sie im Vergleich zu 2007 nicht drei Mandatsverluste beklagen musste, verdankte sie Pirmin Bischof, der den Sitz der FDP im Kanton Solothurn erobern konnte. Ihre Sitze

verteidigen konnte die CVP zudem in den Kantonen Luzern (Graber), Nidwalden (Niederberger), Zug (Bieri), Freiburg (Schwallen), Appenzell Innerrhoden (Bischofberger), Tessin (Lombardi), Wallis (Fournier und Imoberdorf) und Jura (Seydoux). Neue CVP-Kantonsvertreter verteidigten den Sitz ihrer Partei in den Kantonen Uri (Isidor Baumann), Graubünden (Stefan Engler) und Thurgau (Brigitte Häberli). Chancenlos waren die Christlichdemokraten in den Kantonen Zürich, Bern, Basel-Landschaft, Aargau, Waadt, Neuenburg und Genf.¹⁴

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Das Ziel eines Wähleranteils von 17% wurde bei den **Wahlen für den Nationalrat** deutlich verfehlt. Die CVP schrieb 2,2 Prozentpunkte Verlust und wusste neu nur noch 12,3% der Wählerinnen und Wähler hinter sich, was den geringsten Anteil in ihrer Geschichte bedeutete. Zwar konnte die CVP tatsächlich wie geplant in denjenigen Kantonen etwas zulegen, die nicht als Hochburgen gelten: etwa in Schaffhausen (+5,2 Prozentpunkte), Neuenburg (+0,1 Prozentpunkte) oder in Genf (+0,1 Prozentpunkte). Im Kanton Jura, wo der vor vier Jahren an die SVP verlorene Sitz zurückerobert werden konnte, legte die CVP gar um 8,3 Prozentpunkte zu. Die Verluste in den Stammländern waren aber auch 2011 hoch. So verringerte sich in den Kantonen Freiburg und Wallis sowie im Tessin der Wähleranteil jeweils um mehr als 4 Prozentpunkte. Im Wallis (39,9%) im Jura (33,2%) und in Luzern (27,1%) blieb die CVP allerdings wählerstärkste Partei. Im sprachregionalen Vergleich fand die CVP in der italienischsprachigen Schweiz (20,3%) etwas mehr Rückhalt als in der Romandie (13,4%) und in der Deutschschweiz (11,5%). Die Wählerverluste resultierten in total drei Sitzverlusten, wobei ein Sitz bereits vor den Wahlen aufgrund des Parteiwechsels von Thomas Müller (SG) zur SVP verloren gegangen war. Neben dem Kanton Jura konnte die CVP auch im Kanton Basel-Stadt dazugewinnen. Der dortige Sitzgewinn resultierte aufgrund einer geschickten Listenverbindung mit BDP, EVP und GLP, aus der die CVP knapp als stärkste Partnerin hervorging. Diesem Erfolg standen jedoch Verluste in Zürich, Bern und Wallis (je -1 Sitz) sowie im Kanton Aargau (-2 Sitze) gegenüber. Mit insgesamt 28 Mandaten blieb die CVP im Nationalrat die viertstärkste Kraft.¹⁵

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 14.12.2011
MARC BÜHLMANN

Aufgrund des schlechten Abschneidens bei den Nationalratswahlen war rasch klar, dass die CVP nicht wie geplant einen Anspruch auf einen zweiten Bundesratssitz erheben konnte. Gleichzeitig war der Sitz von Doris Leuthard unbestritten. Die Christdemokraten spielten bei den **Bundesratswahlen** dann vielmehr das Zünglein an der Waage. Rasch wurde klar, dass die intensivierten Gespräche mit der BDP auch die Unterstützung von deren Bundesrätin Widmer-Schlumpf beinhaltete. Diese verdankte ihre Wiederwahl denn auch zu einem nicht unbedeutenden Teil der CVP-Fraktion. Die CVP-Bundesrätin ihrerseits wurde als erste in der Wahlabfolge mit glanzvollen 216 von 227 gültigen Stimmen bestätigt.¹⁶

Wahlkampf und Resultate der FDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Grosse Parteien

Ambitioniertes **Ziel der FDP bei den Nationalratswahlen** war ein Wähleranteil von 20%. Dieses sollte mit der Diskussion über sichere Arbeitsplätze, sichere Renten und mehr Freiraum für die Bürgerschaft erreicht werden. Die Freisinnigen wollten dabei insbesondere auf Kosten der Polparteien zulegen, bei denen sie Verluste erwarteten und denen sie vorwarfen, das Erfolgsmodell Schweiz zu gefährden. Die Abgrenzung insbesondere gegenüber der SVP manifestierte sich auch in der fehlenden Bereitschaft der Partei, Listenverbindungen einzugehen: Lediglich im Kanton Waadt kam es zu einer Listenverbindung des Freisinns mit der SVP. Bei den Wahlen 2007 hatte es solche noch in neun Kantonen gegeben. Das offizielle Wahlkampfbudget wurde auf 2,6 Mio. CHF beziffert, wobei die Kandidierenden zusätzlich grosse eigene Beiträge für ihren Wahlkampf einsetzten. Die Wahlkampfleitung wurde Vincenzo Pedrazzini (SZ) übertragen. Ziel war ein schweizweit einheitlicher Wahlkampf. Parteipräsident Fulvio Pelli (TI) versuchte mit zahlreichen Aktionen schon früh den Wahlkampf anzukurbeln.¹⁷

WAHLEN
DATUM: 05.02.2011
MARC BÜHLMANN

WAHLENDATUM: 18.02.2011
MARC BÜHLMANN

Ähnlich wie die meisten Parteien betonte auch die FDP im Wahljahr die Schweiz als eigenständigen Wert. Der entsprechende Wahlslogan „Aus Liebe zur Schweiz“ war bereits 2010 lanciert worden. Auf ihrer **Wahlplattform**, die Mitte Februar präsentiert wurde, setzte die FDP auf drei Themenschwerpunkte: Wirtschaft, Sozialversicherungen und Bürokratie. Die Stärkung der KMU, neue Arbeitsplätze, Reformen in der AHV und der IV sowie ein schlanker Staat und weniger Steuern waren die Hauptforderungen, auf welche die FDP ihren Wahlkampf aufbaute.¹⁸

VOLKSINITIATIVEDATUM: 27.06.2011
MARC BÜHLMANN

Bereits im September des Vorjahres hatte die FDP die **Bürokratie-Initiative** lanciert, mit der sie sich im Wahlkampf zusätzliche Aufmerksamkeit erhoffte. Das Begehren fordert einfache und verständliche Gesetze und unbürokratische Verfahren. Die Unterschriftensammlung verlief allerdings recht harzig und das Ziel, die Initiative noch vor den Wahlen einzureichen, wurde deutlich verpasst. Ende des Berichtsjahrs lief die Unterschriftensammlung noch.¹⁹

WAHLENDATUM: 26.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die ausser in den Kantonen Basel-Stadt und Waadt abgeschlossene Fusion der FDP mit den Liberalen brachte bei den **Nationalratswahlen** nicht die erhoffte Entspannung und das Wahlziel wurde deutlich verpasst. Erneut mussten die Freisinnigen Wählerverluste in Kauf nehmen. Unter Berücksichtigung der summierten Anteile von FDP und LP bei den Wahlen 2007 ging der Wähleranteil des liberalen Lagers um 2,5 Prozentpunkte zurück und liegt neu bei 15,1% (2007 LP: 1,9%; FDP: 15,8%). Damit konnte der seit 30 Jahren anhaltende Rückgang der Wählergunst erneut nicht aufgehalten werden und die FDP schloss abermals mit dem schlechtesten Resultat ihrer Geschichte ab. In praktisch allen Kantonen musste der Freisinn dabei Verluste verkraften. In den Kantonen Wallis, Neuenburg und Genf allerdings profitierte die FDP von der Fusion mit den Liberalen und sie konnte ihren Wähleranteil hier im Vergleich zu 2007 steigern. Auch in den Kantonen Waadt und Basel-Stadt, wo die Fusion für 2012 geplant bzw. kein Thema ist, konnte die FDP leicht zulegen. Allerdings erreichte die einst stärkste Partei der Schweiz nur noch in zwei Nicht-Majorzkan-tonen mehr als 20% Wähleranteil: In den Kantonen Tessin und Neuenburg blieb die FDP zudem auch stärkste Partei. Die grössten Verluste musste der Freisinn in den Kantonen Appenzell Ausserrhoden (-20,5 Prozentpunkte), Uri (-13 Prozentpunkte), Bern (- 6,5 Prozentpunkte), Basel-Landschaft (-5,6 Prozentpunkte), Schaffhausen (-14,4 Prozentpunkte) und Graubünden (-7,2 Prozentpunkte) hinnehmen. In der Romandie (20,3%; 2007: 13,8%) weisen die Freisinnig-Liberalen neu eine etwas stärkere Verankerung auf als in der Deutschschweiz (13,1%; 2007: 15,6%) und sie blieben stark in ihrer traditionellen Hochburg Tessin (24,3%; 2007: 27,6%). Die Wählerverluste resultierten letztlich im Verlust eines Nationalratssitzes. Werden allerdings die Sitzverluste der LP mitgezählt, so verlor das liberale Lager insgesamt fünf Sitze. Den vier Sitzgewinnen in Genf und Neuenburg (jeweils dank der Fusion mit der LP) sowie in Zug und Schwyz, wo die FDP ihre vor acht Jahren an die Grünen bzw. an die SVP verlorenen Sitze dank Listenverbindungen mit der CVP bzw. der BDP zurückerobern konnte, standen die Sitzverluste in Bern, Nidwalden, Graubünden, Thurgau und im Tessin gegenüber. Die FDP verfügte damit in der grossen Kammer neu über 30 Mandate.²⁰

WAHLENDATUM: 07.12.2011
MARC BÜHLMANN

Auch bei den Wahlen in den **Ständerat** musste die FDP Verluste hinnehmen. Mit neu elf Mandaten in der kleinen Kammer musste der Freisinn zwar im Vergleich zu 2007 per Saldo lediglich einen Sitzverlust verkraften. Dies bedeutete aber erstens ein Rekordtief und zweitens gleich viele Sitze wie die SP, die zusammen mit der FDP neu die zweitstärkste Kraft in der kleinen Kammer stellt. Verteidigen konnte der Freisinn seine Ständeratssitze in den Kantonen Zürich (Gutzwiller), Luzern (Theiler), Obwalden (Hess), Glarus (Freitag), Appenzell Ausserrhoden (Altherr), Aargau (Egerszegi) und Neuenburg (Comte). Neu in den Ständerat zogen – den freisinnigen Sitz in ihrem jeweiligen Kanton verteidigend – Karin Keller-Sutter (SG), die trotz einer gegen sie gerichteten Kampagne der Weltwoche einen grossen Erfolg feierte, Joachim Eder (ZG) und – wenn auch nur äusserst knapp mit 763 Stimmen Vorsprung – Fabio Abate (TI). Im Kanton Graubünden konnte zudem der Sitz der nicht mehr angetretenen SVP erobert werden (Martin Schmid). Historische Niederlagen musste die FDP hingegen in den Kantonen Solothurn und Schaffhausen hinnehmen. In beiden Kantonen konnte der Ständeratssitz, den man in Solothurn seit 163 Jahren inne gehabt hatte, nicht gehalten werden. Mit dem Verlust in Schaffhausen war der dortige Freisinn erstmals seit 1848 nicht mehr in Bern vertreten. Keine Chance auf einen Sitzgewinn hatten die Freisinnigen Kandidierenden schliesslich in den Kantonen Bern (weder im Frühjahr für die Ersatzwahl von

Bundesrätin Sommaruga noch im Herbst), Schwyz, Freiburg, Basel-Stadt, Thurgau, Waadt, Wallis, Genf und Jura.²¹

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 15.12.2011
MARC BÜHLMANN

Die Atomkatastrophe in Fukushima wurde in den Medien auch als Menetekel für die **Bundesratswahlen** herangezogen. Da die FDP sich weniger dezidiert gegen die Atomenergie geäußert habe, sei nicht so sehr der Sitz von BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf gefährdet, die auf die Unterstützung der Anti-Atomkraft-Parteien zählen könne, sondern einer der beiden FDP-Sitze. Als besonders wacklig wurde der Sitz von Johann Schneider-Ammann betrachtet, da dieser aufgrund seiner Kommunikation in der Frankenkrise stark kritisiert wurde. Bei den Wahlen Mitte Dezember erfolgte denn auch ein Angriff der SVP auf den Sitz von Schneider-Ammann, der jedoch wie zuvor sein Parteikollege in der Exekutive, Didier Burkhalter, im ersten Wahlgang bestätigt wurde. Damit verfügten die Freisinnigen nach wie vor über zwei Bundesratssitze.²²

Wahlkampf und Resultate der BDP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Konservative und Rechte Parteien

WAHLEN
DATUM: 05.02.2011
MARC BÜHLMANN

Wahlziele der 2008 gegründeten und erstmals bei nationalen Wahlen antretenden BDP waren die Verdoppelung der Nationalratsmandate von fünf auf zehn und die Verteidigung des Berner Ständeratssitzes. Parteipräsident Hans Grunder (BE) gab an, vor allem auf Wählerstimmen in der Mitte und auf dem Land abzielen und so gesamtschweizerisch 5% der Wählerschaft hinter sich bringen zu wollen. Man wolle Personen ansprechen, die sich in der bestehenden Schweizer Politlandschaft nicht mehr aufgehoben fühlen. Mit einer verstärkten Zusammenarbeit der Mitteparteien wurde zudem die Verteidigung des Bundesratssitzes von Eveline Widmer-Schlumpf anvisiert. Eine Fusion mit der CVP schloss Grunder aber aus. Für den Wahlkampf stehe ein Budget von rund CHF 400'000.- zur Verfügung.²³

WAHLEN
DATUM: 15.06.2011
MARC BÜHLMANN

Die BDP hatte Mühe, sich thematisch zu profilieren. Sie zehrte vor allem vom Charisma ihrer Bundesrätin und ihrer Frische als junge Partei. Davon zeugte auch ihr Wahlslogan „DIE neue Kraft“. Die BDP wollte aber kein „Widmer-Schlumpf-Fan-Club“ sein, sondern im Wahlkampf auch mit **Themen** punkten. Ein erstes Papier mit einem ganzen Strauss an möglichen Inhalten wurde Mitte Januar an der Delegiertenversammlung in Liestal präsentiert. Der Wahlkampf startete dann mit einer Pressekonferenz Mitte März. Diese fand später als geplant statt, da die Plakatkampagne aufgrund der Weigerung von Eveline Widmer-Schlumpf, dafür ihr Konterfei zur Verfügung zu stellen, neu kreiert werden musste. An besagter Pressekonferenz gedachte die BDP sich als „echte bürgerliche Alternative“ zu präsentieren: Eine Schuldenbremse für die Sozialversicherungen, die Aufhebung der Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung, das Ende der steuerlichen Ungleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren, ein Ausbau der flankierenden Massnahmen bei der Personenfreizügigkeit, Blockzeiten in der Grundschule sowie eine stärkere Gewichtung von naturwissenschaftlichen Fächern an Grund- und Mittelschulen sollten die potenziellen Wählerinnen und Wähler ansprechen. Anlässlich der Delegiertenversammlung Ende März in Sempach gab die Partei den bewussten Verzicht auf eine Volksinitiative als Wahlköder bekannt.²⁴

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Nach dem Ausschluss der Bündner Sektion aus der SVP und der Solidarisierung von Teilen der Glarner und der Berner SVP mit den Bündnern war es 2008 zur Gründung der BDP gekommen. Bis zum nationalen Wahltermin hatte die Partei erfolgreich einige kantonale Wahlen bestritten: In den drei Gründerkantonen erhielt sie über 15% der Wählerstimmen und auch in den Kantonen Aargau (2009), Zürich, Freiburg und Basel-Landschaft war sie in der kantonalen Legislative vertreten. Insgesamt waren 16 kantonale Sektionen aufgebaut worden – darunter die 2011 gegründeten Sektionen in der Waadt und Basel-Stadt – die sich alle zum ersten Mal an den **Nationalratswahlen** beteiligten. In der Innerschweiz (UR, OW, NW, ZG), in Schaffhausen, den beiden Appenzell, im Tessin sowie in Genf und Jura war die neue Mittepartei noch nicht organisiert und trat nicht an. Durch Parteiwechsel hatte die BDP bereits vor den Wahlen

über je zwei Nationalratsmandate aus den Kantonen Bern und Graubünden, aufgrund von Nachwahlen über ein Glarner Mandat, verfügt. Der Sitz aus Glarus war praktisch unbestritten und wurde locker verteidigt (61,7%). In Bern wurde die Sitzzahl verdoppelt (neu: 4 Sitze). Ein Siebtel der Berner Wählerschaft entschied sich für die BDP (14,9%). In Graubünden konnte hingegen nur einer der beiden Sitze gehalten werden. Der BDP-Mann Hansjörg Hassler erzielte zwar das beste Resultat aller Kandidierenden, ein Wähleranteil von 20,5% reichte aber nicht für einen zweiten Sitz. Sitzgewinne konnte die BDP hingegen in den Kantonen Zürich (neu 2 Sitze, 5,3%) und Aargau (neu 1 Sitz, 6,1%) feiern. Die Wählergewinne in den kleineren Kantonen Luzern (2,1%), Schwyz (3,4%), Solothurn (4,4%), Basel-Stadt (2,2%), Basel-Landschaft (6,4%) St. Gallen (3,8%) und Thurgau (5,0%) reichten hingegen nicht für ein Mandat. Nur wenige Wähler vermochte die BDP in der Romandie zu mobilisieren: Wähleranteile von 1,9% in Freiburg, 0,8% im Kanton Waadt, 0,6% im Kanton Wallis und 1,5% im Kanton Genf reichten ebenfalls nicht für einen Nationalratssitz. Mit total neun Sitzen und einem gesamtschweizerischen Wähleranteil von 5,4% erreichte die BDP Fraktionsstärke.²⁵

ANDERES

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die Verteidigung des einzigen Ständeratssitzes gelang der BDP relativ locker. Zwar musste Werner Luginbühl bei den **Ständeratswahlen** im Kanton Bern zu einem zweiten Wahlgang antreten, wurde dann aber deutlich wiedergewählt. In den Kantonen Wallis und Neuenburg, wo die BDP ebenfalls einen Angriff auf einen Sitz in der kleinen Kammer lanciert hatte, blieb sie jedoch glücklos. Die Ständeratskandidatur im Kanton St. Gallen musste gar zurückgezogen werden.

WAHLGESCHÄFT

DATUM: 23.12.2011
MARC BÜHLMANN

Auch wenn die Partei im Wahlkampf mit Themen in Erscheinung zu treten versuchte, berichteten die Medien praktisch nur im Zusammenhang mit den Spekulationen über die Wiederwahl ihrer Bundesrätin über die BDP. Zahlreiche mögliche Abwehrszenarien gegen den Angriff der SVP auf den BDP-Regierungssitz wurden erörtert. Dabei wurde immer wieder eine Fusion mit der CVP diskutiert, die von der BDP jeweils deutlich abgelehnt wurde. Indem sie sich etwa an der Delegiertenversammlung Mitte September in Zofingen scharf von der SVP-Politik abgrenzte und sich als verlässliche, konstruktive und lösungsorientierte Alternative zur Volkspartei präsentierte, versuchte die BDP deutlich zu machen, dass sie die bessere Wahl sei. Als wichtig wurde in den Medien zudem die Positionierung der Regierung in der Atomausstiegsfrage beurteilt, welche Widmer-Schlumpf aktiv mitgetragen hatte und welche ihr eine Mehrheit in der Bundesversammlung beschern könnte. Das gute Abschneiden bei den Nationalratswahlen wurde zudem als Kompliment für die BDP-Bundesrätin gewertet. Bei den **Bundesratswahlen** wurde Widmer-Schlumpf, die laut eigener Aussage selber nicht mit ihrer Wiederwahl gerechnet hatte, dann tatsächlich glänzend bestätigt. Sie erhielt mit 131 Stimmen wahrscheinlich die Unterstützung aller Parlamentarier mit Ausnahme der SVP- und der FDP-Fraktion, welche sich auf die SVP-Herausforderer Rime (41 Stimmen) und Walter (63 Stimmen) verteilten. Mit 174 Stimmen wurde die BDP-Magistratin auch zur neuen Bundepräsidentin gewählt.²⁶

Wahlkampf und Resultate der SP bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Grosse Parteien

WAHLEN

DATUM: 25.03.2011
MARC BÜHLMANN

Die SP äusserte ihre **Wahlziele** nach der empfindlichen Niederlage von 2007 eher verhalten. Man wolle schweizweit zulegen, aber keine unrealistischen Zahlen nennen, sagte Präsident Levrat im Januar. Er sei überzeugt, dass die Trendwende für die SP geschafft sei. Ziel sei eine Zunahme an Sitzen und an Wählerprozenten – so Generalsekretär Christen Anfang Februar. Man wolle sich für Leute mit kleinen Einkommen und die Mittelschicht stark machen. Als Kernthemen wolle die SP die Arbeitslosigkeit, die Altersvorsorge und das Gesundheitswesen hervorheben. Das Wahlkampfbudget wurde auf 1,5 Mio. CHF beziffert.²⁷

WAHLEN
DATUM: 28.03.2011
MARC BÜHLMANN

Mit dem Slogan „Für alle statt für wenige“ läutete die SP Ende März ihren Wahlkampf ein. Die **Wahlplattform** der Sozialdemokraten umfasste zehn Punkte: Die durch den Ausstieg aus der Atomenergie und von der Cleantech-Initiative schon lange vor der Atomreaktorkatastrophe in Japan angestossene bedingte Konzentration auf erneuerbare Energien soll 100'000 neue Arbeitsplätze schaffen. Mit der Forderung nach einer Einheitskrankenkasse, preisgünstigen Wohnungen und existenzsichernden Mindestlöhnen wurde die Stossrichtung in der Sozialpolitik umrissen. Tagesschulen und bezahlte Weiterbildung sollen zu mehr Chancengleichheit führen. Zudem umfasste das Zehnpunkteprogramm die Einführung einer Erbschaftssteuer zur Finanzierung der AHV und ein Lebensarbeitszeitmodell zu deren langfristigen Sicherung. Schliesslich solle der Service Public flächendeckend erhalten und der Werkplatz Schweiz gestärkt werden. Letzteres bedinge auch eine strenge Regulierung des Finanzplatzes. Die Forderung nach einem EU-Beitritt fehlte jedoch auf der Wahlplattform 2011, welche an der Delegiertenversammlung nicht kritiklos verabschiedet wurde. Die im Vorjahr aufgrund des neuen Parteiprogrammes angestossene visionäre Aufbruchsstimmung sei im faden Wahlprogramm nicht zu finden, monierte etwa die Juso. Nachdem Parteipräsident Levrat die Genossen aufgefordert hatte, die Kräfte zu bündeln um dem „Kartell der Rechten“ die Stirn zu bieten, wurde die Plattform schliesslich gutgeheissen.²⁸

ANDERES
DATUM: 16.04.2011
MARC BÜHLMANN

Rückenwind erhofften sich die Genossen im Wahlkampf dank der **Cleantech-Initiative**, die sie bereits im März 2010 lanciert hatten und in deren Folge sie sich die Schaffung neuer Arbeitsplätze erhoffen. Der Ausstieg aus der Abhängigkeit von Atom- und Erdölenergie und die konsequente Umstellung auf erneuerbare Energien und saubere Technologien würden eine nachhaltige Wirtschaftsbranche mit entsprechendem Arbeitsplatzpotential schaffen. Das Begehren wurde kurz vor den Wahlen mit 104'788 beglaubigten Unterschriften eingereicht. Mit Hilfe von Initiativen lasse sich der Wahlkampf auf der Strasse führen, gab Präsident Levrat zu Protokoll. Mit der Lancierung der Einheitskrankenkassen- und der Mindestlohninitiative sollte Anfang 2011 zusätzlich mobilisiert werden. Im März des Berichtsjahres reichte die Juso zudem mit 113'005 beglaubigten Unterschriften die 1:12-Initiative ein.²⁹

ANDERES
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Ihr Abschneiden bei den eidgenössischen Wahlen wertete die SP als Erfolg. Im Vergleich zu den Wahlen 2007 büsste sie zwar bei den **Nationalratswahlen** erneut Wählerstimmen ein (-0,8 Prozentpunkte). Der Wähleranteil von 18,7% bedeutete das dritt schlechteste Resultat in ihrer Geschichte. Nur 1987 (18,4%) und 1991 (18,5%) hatte sie schlechter abgeschnitten. Allerdings konnte sie die Verluste nicht nur begrenzen – bei den Wahlen 2007 hatten die Sozialdemokraten noch 3,8 Prozentpunkte eingebüsst – sondern dank Proporzglück auch in drei Sitzgewinne gegenüber 2007 ummünzen. Nimmt man die Anzahl Sitze unmittelbar vor den Wahlen als Ausgangspunkt, resultierte gar der Gewinn von fünf Mandaten. Während der Legislatur hatte die SP nämlich den Glarner Sitz des zurückgetretenen Werner Marti an die BDP verloren und einen Berner Sitz hatte sie aufgrund des Parteiaustritts von Ricardo Lumengo eingebüsst. Sitze gewinnen konnte die SP in den Kantonen Waadt (+2), Freiburg, Solothurn, und Wallis (je 1). Allerdings mussten die Genossen im Tessin und, wie erwähnt, in Glarus einen Sitzverlust hinnehmen. Insgesamt verfügte die SP damit im Nationalrat neu über 46 Mandate. An Wähleranteilen zulegen konnten die Sozialdemokraten insbesondere in den Kantonen Freiburg, St. Gallen und in der Waadt. Grössere Verluste musste die SP hingegen in den Kantonen Zug, Basel-Stadt, Graubünden und Jura hinnehmen. In vier Kantonen ging die SP als wählerstärkste Partei hervor: in Freiburg (26,7%), in Basel-Stadt (29,1%), in der Waadt (25,2%) und in Genf (19,1%). In der Romandie (23,2%) verfügte die SP denn auch über eine grössere Wählerschaft als in der deutsch- (17,6%) und in der italienischsprachigen Schweiz (16,8%).³⁰

WAHLEN
DATUM: 07.12.2011
MARC BÜHLMANN

Eher unerwartet konnte die SP auch bei den **Ständeratswahlen** zulegen. Die zwei Sitzgewinne in den Kantonen Aargau (Bruderer) und St. Gallen (Rechsteiner) und die Rückeroberung des Berner Sitzes (Stöckli), den die SP aufgrund der Ersatzwahl für Bundesrätin Sommaruga im Frühjahr noch an die SVP verloren hatte, sorgten dafür, dass die Sozialdemokraten die höchste Zahl an Ständeratsmandaten in ihrer Geschichte erreichten. Mit elf Mandaten war man in der kleinen Kammer neu sogar gleich stark wie die FDP. Die acht Sitze in den Kantonen FR (Berset), SO (Zanetti) BS (Fetz), BL (Janiak), VD (Savary), NE (Berberat), GE (Maury Pasquier) und JU (Hêche) konnten relativ problemlos verteidigt werden. Nur im Kanton Waadt musste die SP in einen zweiten Wahlgang. Ohne Erfolg blieben die Sozialdemokraten in den Kantonen ZH, LU, OW (mit

der Juso), ZG, SH, TG, TI und VS.³¹

WAHLGESCHÄFT
DATUM: 15.12.2011
MARC BÜHLMANN

Im September erklärte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey ihren Rücktritt. Die SP konnte dadurch eine im Wahlkampf nicht unwichtige, verstärkte Medienaufmerksamkeit generieren, da das Karussell mit den potentiellen Nachfolgerinnen und Nachfolgern relativ rasch zu drehen begann. Früh gab die Partei bekannt, nur Kandidierende aus der lateinischen Schweiz zu berücksichtigen. Schliesslich entschied sich die Fraktion für ein Zweitticket mit dem Staatsrat Pierre-Yves Maillard aus dem Kanton Waadt und dem Freiburger Ständerat Alain Berset. Obwohl die SVP bei den **Bundesratswahlen** im Dezember schliesslich beide Sitze der SP angriff, wurden sowohl Simonetta Sommaruga im ersten Wahlgang bestätigt als auch Alain Berset bereits im zweiten Umgang gewählt. Sommaruga behielt das EJPD und Berset übernahm das EDI.³²

Wahlkampf und Resultate der Grünen bei den eidgenössischen Wahlen 2011

Linke und ökologische Parteien

VOLKSINITIATIVE
DATUM: 30.03.2011
MARC BÜHLMANN

Ein Teil des Erfolges von 2007, als die Grünen ihr bisher bestes Resultat feierten, war der damals lancierten Klimainitiative zugeschrieben worden. Im Wahlkampf 2011 sollte mit der **Initiative** „Grüne Wirtschaft“ mobilisiert werden. Sie strebt die Ökologisierung der Wirtschaft an und will eine Verkleinerung des ökologischen Fussabdrucks der Schweiz bis ins Jahr 2050 in der Verfassung festschreiben. Für das an der Delegiertenversammlung Ende Januar in Winterthur lancierte Begehren wurden ab März Unterschriften gesammelt. Mit der zusätzlichen, an der Delegiertenversammlung in Basel Anfang April beschlossenen Lancierung der Atomausstiegsinitiative, wollten die Grünen ihren Anspruch auf die Themenführerschaft, insbesondere nach der Nuklearkatastrophe in Japan, unterstreichen. Die Ausstiegsinitiative fordert einen Verzicht auf Atom-Strom ab 2024, der vor allem durch höhere Energieeffizienz und Energiesparen ermöglicht werden soll.³³

WAHLEN
DATUM: 11.08.2011
MARC BÜHLMANN

Die Energiepolitik – insbesondere der Kampf gegen neue Atomkraftwerke – wurde von der GP bereits im Januar, also noch vor der Atomkatastrophe in Japan zum zentralen **Wahlkampfthema** erkoren. An einer Pressekonferenz Mitte Januar in Bern starteten die Grünen ihre Kampagne und warben für den Atomausstieg: Jede Grüne Stimme sei eine Stimme gegen neue AKWs. Es brauche viel Arbeit, dass im Herbst eine möglichst grosse Gruppe an Atomausstiegsbefürwortern im Nationalrat sitze.³⁴

WAHLEN
DATUM: 01.09.2011
MARC BÜHLMANN

Die Grünen, die bisher insbesondere in den Städten Erfolge gefeiert hatten, setzten sich bei den **nationalen Wahlen zum Ziel**, auch auf dem Land stärker Fuss zu fassen und damit die 10%-Marke zu knacken. Bei den Wahlen 2007 hatten sie einen Wähleranteil von 9,6% erreicht. Drei bis vier zusätzliche Nationalratssitze sowie ein zusätzlicher Sitz in der kleinen Kammer, der im Kanton Bern im Bereich des Möglichen liege, wurden von Parteipräsident Leuenberger (GE) als Ziel formuliert, womit man auch reif für einen Bundesratssitz sei. Für die Wahlen waren CHF 180'000.- budgetiert.³⁵

WAHLEN
DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Die **Nationalratswahlen** endeten für die Grünen in einem eigentlichen Debakel. Präsident Leuenberger sprach von einem schwarzen Tag. Mit dem Verlust von fünf Sitzen gehörte die GP zu den grossen Geschlagenen (neu: 15 Mandate). Die 8,4% Wählerstimmenanteil (-1,2 Prozentpunkte) bedeuteten zwar das zweitbeste Resultat in der Geschichte der Grünen Partei, die Erfolge von 2007, als man die Sitzzahl beinahe verdoppeln konnte, und die vergebliche Hoffnung auf einen Fukushima-Effekt liess die Verluste aber umso gravierender erscheinen. Die Grünen waren in 21 Kantonen zu den eidgenössischen Wahlen angetreten (nicht in UR, OW, GL, SH und AI). Zwar konnte die GP in neun Kantonen (SZ, BS, AR, SG, GR, TI, VS, NE, JU) sogar an Wähleranteilen zulegen, dies reichte aber nirgends zu einem Sitzgewinn. Je einen Sitzverlust mussten die Grünen dafür in den Kantonen Zürich (neu: 3 Mandate), Zug (0), Solothurn (0), Basel-Stadt (0) und Waadt (2) hinnehmen. Die Sitze verteidigen konnten sie hingegen in Bern

(3) und Genf (2) sowie in Luzern, Basel-Landschaft, St. Gallen, Aargau und Neuenburg (je 1). Die Niederlage wurde mit der Konkurrenz der GLP aber auch mit der Ausrichtung auf das Thema Atomausstieg zu erklären versucht. Parteiintern wurde auch der Vorwurf laut, aus dem „Steilpass Fukushima“ zu wenig gemacht zu haben (von Graffenried, BE). Zudem wurde gemutmasst, dass der Beschluss des Parlaments zum Atomausstieg dem monothematischen Wahlkampf der Grünen den Wind aus den Segeln genommen habe. Eine genauere Analyse der Wahlen zeigte auf, dass die Grünen im Gegensatz zu den Wahlen 2007 viel Proporzpech zu beklagen hatten, waren doch die Mandatseinbussen weitaus grösser als der Rückgang der Wählerprozente.³⁶

WAHLEN

DATUM: 23.10.2011
MARC BÜHLMANN

Ihre beiden Sitze in der kleinen Kammer vermochten die Grünen zu verteidigen. Während Robert Cramer in Genf im ersten Wahlgang der **Ständeratswahlen** bestätigt wurde, setzte sich Luc Recordon im Kanton Waadt zwar erst im zweiten Wahlgang, letztlich aber überraschend deutlich durch. Achtungserfolge erzielten die Grünen in den Kantonen Bern und Glarus. In Bern trug der Rückzug von Alec von Graffenried nach dem ersten Wahlgang wesentlich zur Rückeroberung des SP-Sitzes bei. In Glarus war Karl Stadler gegen die beiden Bisherigen angetreten und wurde knapp Dritter. Chancenlos waren die grünen Angriffe auf die kleine Kammer hingegen in den Kantonen Luzern, Schwyz, St. Gallen, Aargau, Thurgau, Wallis und Neuenburg.

ANDERES

DATUM: 16.12.2011
MARC BÜHLMANN

Nachdem Sie Ende Mai eine positive Bilanz der ablaufenden Legislatur gezogen hatten, wo sie gezeigt hätten, dass ihre Positionen in der Umweltpolitik mehrheitsfähig und dass sie zu einer ernstzunehmenden Kraft geworden seien, kündeten die Grünen ihre Ambitionen für einen eigenen **Bundesratssitz** an, der allerdings nur auf Kosten der SVP oder der FDP gehen dürfe. Eine atomkritische Regierung mit grüner Beteiligung liege im Bereich des Möglichen. Mit der Präsentation möglicher valabler Bundesratskandidatinnen und -kandidaten (Morin, BS; Hochuli, AG; Genner, ZH; Pulver, BE; Uster, ZG oder Cramer, GE) unterstrich die GP Anfang August ihre Ambitionen und erhielt damit ein grosses Medienecho. Nach der Niederlage bei den eidgenössischen Wahlen blies die GP ihren geplanten Angriff auf den Bundesrat allerdings wieder ab und half in der Folge mit, den Status quo in der Exekutive zu wahren. Die GP bestätigte BDP-Bundesrätin Widmer-Schlumpf, obwohl die BDP eigentlich weniger stark ist als die Grünen. Ein grüner Bundesrat bleibe ein langfristiges Ziel der Partei, gab Fraktionspräsident Antonio Hodgers (GE) zu Protokoll.³⁷

1) BaZ, 8.1.11.

2) BBl, 2011, S. 4645; TG, 11.4.11; BaZ, 17.6.11.

3) NZZ, 11.4.11; Presse vom 17.6.11.

4) Lit. BFS.; NZZ, 11.4., 17.6. und 22.8.11; NZZ, 31.10.11; 24h, 12.11.11; Presse vom 24.–26.10.11.

5) 24h, 11.1.11.

6) So-Bli, 2.1.11 (Jenseits von Gut und Böse); BaZ, 3.1.11; 24h, 11.1.11; NZZ, 5.2.11.

7) 24h, 11.1.11; SGT, 20.4.11 (Volkswahl); Presse vom 24.5., 30.5. und 26.7.11 (Lancierung und Beginn Unterschriftensammlung Masseneinwanderung); Presse vom 8.7.11 (Einreichung Volkswahl); Presse vom 13.7.11 (Einreichung Familieninitiative.); BBl, 2011, S. 6671 (Familieninitiative); BBl, 2011, S. 6585 (Volkswahl des Bundesrates); BBl, 2011, S. 6269 (Masseneinwanderung).

8) Lit. BFS.; Presse vom 24.–26.10.11.

9) TA, 6.1.11; NZZ, 17.1.11 (Dunkelkammer, europhil, heimatmüde); SZ, 7.3.11 und SoS, 8.3.11 (Ersatzwahlen in Bern); Presse vom 8.4.11 (Ankündigung der Kandidaturen Blocher, Brunner, Baader); Presse vom 24.10., 28.10., 13.11., 21.11., 28.11. und 5.12.11; NZZ, 7.12.11.

10) Rime: SZ und SOS, 2.3.11; Baader: Presse vom 28.10; Eberle: AZ, 9.9.11; Amstutz: BZ, 7.11.11; Spuhler: Blick, 18.11.11; Brunner: SoZ, 13.11.; Parmelin: NZZ, 14.11.11, 24h, 19.11.11; Germann: BaZ, 16.11.11; Stark: SGT, 25.11.11; Tännler: Presse vom 30.11.11; Zuppiger: Presse vom 29.11. und 30.11.11; SPJ 2008, S. 33; Vorwürfe gegen Zuppiger: WW, 8.12.12; Presse vom 8.12. und 9.12.11; Nachnominierung Walter und Kritik: Presse vom 9.12. und 10.12.11.

11) Presse vom 24.1.11 und 10.2.11.

12) Presse vom 10.2. und 26.3.11; TA, 18.4.11; NZZ und Blick, 7.5.11; Presse vom 9.5.11; laut NZZ (9.5.11) war es in der 100-jährigen Geschichte der CVP erst das dritte Mal, dass die Partei eine Initiative lancierte.

13) BaZ, 6.1.11; TG, 14.1.11; NZZ, 24.1. und 5.2.11; NF, 10.2.11; So-Bli, 17.4.11; NZZ, 7.5.11; So-Bli, 31.7.11; 24h, 8.8.11.

14) Presse vom 24.10., 28.10., 13.11., 21.11., 28.11. und 5.12.11; NZZ, 7.12.11.

15) Presse vom 24.–26.10.11.

16) Presse vom 15.12.11.

17) BaZ, 5.1.11; 24h, 13.1.11; NZZ, 5.2.11.

18) 24h, 13.1.11; Presse vom 18.2.11.

19) TA, 27.6.11.

20) Presse vom 24.–26.10.11.

21) Bund, 23.2.11; Presse vom 24.10., 28.10., 13.11., 21.11., 28.11. und 5.12.11; NZZ, 7.12.11.

22) SZ, 29.3.11; Presse vom 15.12.11.

23) BaZ, 8.1.11; BZ, 10.1.11; So-Bli, 16.1.11, SGT, 17.1.11; NZZ, 5.2.11.

24) So-Bli, 16.1.11; SGT und NF, 17.1.11; AZ, 4.3.11; NZZ, 14.3.11; Presse vom 15.3.11; NZZ, 28.3.11; TA, 29.3.11; SN, 15.6.11 (Widmer-Schlumpf-Fan-Club).

25) Lit. BFS.; NZZ, 13.8.11; TA, 15.9.11.

- 26) NLZ und NZZ, 9.9.11; NZZ, 12.9.11; TA, 15.9. und 21.10.11; Bund, 29.10.11; Presse vom 7.11. und vom 15.12.11; SGT, 23.12.11.
27) BaZ, 3.1.11; So-Bli, 9.1.11; 24h, 12.1.11; NZZ, 5.2.11; Presse vom 25.3.11.
28) Presse vom 25.3. und 28.3.11; NZZ, 28.3.11 (Kartell).
29) QJ, 22.3.11; Presse vom 25.3.11; NZZ, 25.3.11 (Wahlkampf auf der Strasse); NZZ, 16.4.11.
30) Lit. BFS.; Presse vom 24.–26.10.11.
31) Presse vom 24.10., 28.10., 13.11., 21.11., 28.11. und 5.12.11; NZZ, 7.12.11.
32) Presse vom 8.9., 26.11. und 15.12.11.
33) AZ, 19.1.11; NZZ, 24.1.11; BaZ, 11.3.11; QJ, 19.3.11; BBl, 2011, S. 2149 (Grüne Wirtschaft); BBl, 2011, S. 3981 (Ausstiegsinitiative);
Presse vom 30.3.11 (Ausstiegsinitiative).
34) Presse vom 19.1.11; NZZ, 5.2.11; 24h, 20.4.11; SN, 11.8.11.
35) BaZ, 7.1.11; AZ, 19.1.11; NZZ, 5.2. und 22.3.11; TG, 20.4.11; TA, 1.9.11.
36) AZ, 24.10.11 (von Graffenried); NZZ, 25.10.11; Presse vom 24.–26.10.11.; Lit. BFS.
37) Presse vom 1.7., 8.8., 13.9. und 24.10.11; NZZ, 16.12.11.